Eine Marke von FUNKE

Mein Konto

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Meine Stadt | Mein Verein | Politik Sport Lokalsport Panorama W

Home Lokales Ennepetal / Gevelsberg / Schwelm Haushalt Schwelm: Zustimmung aus Verantwortu

Städt. Finanzen

Haushalt Schwelm: Zustimmung aus Verantwortung – nicht aus Überzeugung

Schwelm. Der neue Haushalt der Stadt Schwelm steht – trotz dramatischer Finanzlage und politischer Uneinigkeit.



Von Alisa Schumann, Redakteurin EN-Süd
31.03.2026, 13:19 Uhr



Das neue Rathaus in Schwelm aus der Luft: Der Stadtrat stimmte jetzt dem Haushalt für das laufende Jahr zu.
© FUNKE Foto Services | Hans Blossey

Diesen Artikel vorlesen lassen:

06:26 1x

BotTalk

In ihren Reden zur Verabschiedung des Haushalts 2026 der Stadt Schwelm sparten die Fraktionsvorsitzenden nicht an Düsternis: Von einer strukturellen Unterfinanzierung, einer historischen Zäsur, einem Übergangshaushalt und einer finanziellen Abwärtsspirale war die Rede. Jürgen Kranz, Fraktionsvorsitzender der SWG/BfS, brachte es auf den Punkt: Die finanzielle Situation in Schwelm sei „nicht nur schwierig – sie ist inzwischen hochgradig kritisch“. Und doch stand der Rat letztlich mehrheitlich hinter der Verabschiedung. Doch das Gremium ist sich gleichermaßen darüber bewusst, dass ihm die richtig schweren Verhandlungen erst noch bevorstehen.

Ein Defizit von knapp 17 Millionen Euro weist der städtische Haushalt aus. Einnahmen in Höhe von etwa 110 Millionen Euro stehen Ausgaben von mehr als 128 Millionen gegenüber. Und der Kreisstadt stehen noch Investitionen in Millionenhöhe bevor, die den Schuldenberg in den kommenden Jahren weiter ansteigen lassen: der Neubau der Hauptwache sowie der Gerätehäuser der Feuerwehr, der Neubau eines Hallenbades sowie große Sanierungen oder Ausbauten an Schulen und Straßen. Diese Projekte wirken sich durch die Zinsbelastung und Abschreibungen auf den Ergebnishaushalt aus.

Doch die Ratsfraktionen sehen die Ursachen für die dramatische Haushaltslage nicht allein in Schwelm. Die Verletzung des Konnexitätsprinzips zog sich als wiederkehrender Kritikpunkt durch nahezu alle Reden. Michael Müller (CDU) und Thorsten Kirschner (SPD) kritisierten, dass die Kommunen immer mehr

Aufgaben übernehmen müssten, ohne dass sie ausreichend finanziert würden. Das führe dazu, dass selbst drastische Einschnitte nicht ausreichen würden: „Selbst ein vollständiger Wegfall aller freiwilligen Leistungen (...) würde nicht ausreichen“, erklärte Kirschner und appellierte an Land und Bund: „Lassen Sie die Gemeinden nicht weiter im Stich.“

ANZEIGE
Der große Baufirmen-Check.
Wir finden den perfekten Bauanbieter für Ihr Traumhaus - regional und fair.



Ein Konfliktpunkt bleibt die Steuerpolitik. CDU, SPD, FDP und Grüne verteidigten die Entscheidung, auf Steuererhöhungen zu verzichten und auch die Gewerbesteuer stabil zu halten. Eine generelle Erhöhung der Grundsteuer solle es 2026 in Schwelm nicht geben, hatten die vier Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag noch einmal bekräftigt. Dem wurde mehrheitlich zugestimmt. Dies solle Bürger und Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entlasten. Thorsten Kirschner verwies darauf, dass die Grundsteuer trotzdem aufkommensneutral bleibe und steigende Belastungen auf gesetzliche Änderungen zurückzuführen seien.

Linke Fraktion lehnt Haushalt ab

Die Linke wiederum kritisierte diese Linie scharf: Die Rückkehr zu den einheitlichen Grundsteuerhebesätzen führe faktisch zu einer Mehrbelastung der Bürger, während Unternehmen entlastet würden. Die Linke forderte in einem Antrag stattdessen noch in diesem Jahr eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 25 Punkte auf dann 520 Prozent, um die Lasten gerechter zu verteilen – „damit wirklich alle ran müssen“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dominik Hoffmann. Ansonsten würden die Linken den Haushalt ablehnen. So kam es schließlich auch, denn auf

die Anhebung der Gewerbesteuer ließen sich die anderen Ratsfraktionen nicht ein.

Auch andere Fraktionen sehen die Einnahmeseite der Stadt kritisch, setzen jedoch stärker auf wirtschaftliche Entwicklung, etwa durch neue Gewerbeflächen oder interkommunale Zusammenarbeit. Ufuk Ergen (BIZ) forderte mehr Mut zur Veränderung: „Der Kostendruck kann dabei kein Argument sein, nichts Neues zu wagen." Digitalisierung, eine effizientere Verwaltung und eine aktivere Einnahmepolitik seien zentrale Hebel.

Kritik gab es insbesondere an steigenden Personalkosten und ineffizienten Projekten. AfD-Fraktionschef André Paffrath rief etwa „zum Verzicht auf Symbolpolitik" wie der Woche gegen Rassismus auf. Auch die drei derzeit noch geförderten Verwaltungsstellen im Bereich Klimaschutz kritisierte er: „Wir brauchen Klimaschutz mit Augenmaß – nicht ein Förderkarussell, das Personalstellen schafft, die wir in wenigen Jahren komplett selbst bezahlen müssen", so Paffrath und forderte eine Klima-Stelle anstatt drei.

Einigkeit bestand darüber, dass Einsparungen unvermeidlich sind. Instrumente wie ein globaler Minderaufwand, der auf die meisten Buchungsstellen mit zwei Prozent verstetigt werden soll, sowie die Überprüfung freiwilliger Leistungen wurden von mehreren Fraktionen unterstützt. Michael Schwunk von der FDP formulierte deutlich: „Keiner darf heilige Kühe aufbauen, alles muss hinterfragt werden dürfen." Gleichzeitig warnten andere Fraktionen davor, zentrale Bereiche wie Bildung oder soziale Infrastruktur zu stark zu belasten.

Politische Spannungen: AfD spricht von Brandmauer

Neben der Sachdebatte wurden auch politische Spannungen deutlich. André Paffrath kritisierte die Zusammenarbeit im Rat scharf und sprach von einer Ausgrenzung seiner Partei sowie einer

Brandmauer. „Wir wurden zu oft übergangen und nicht fair behandelt“, erklärte Paffrath. Seine Fraktion könne dem Haushalt daher nicht zustimmen und werde sich enthalten – als Zeichen. Paffrath: „Es hängt nicht an uns, ob der Haushalt steht oder fällt – sondern an der Zusammenarbeit im Rat und der Arbeit der Verwaltung.“

Dominik Hoffmann hielt in seiner Rede dagegen: „Sie werden hier nicht ausgeschlossen. Ganz im Gegenteil, obwohl wir uns das natürlich wünschen würden. Sie sitzen hier mit mehreren Mandaten im Rat, aber Sie beteiligen sich nicht.“ Marcel Gießwein (Grüne) sagte in Bezug auf André Paffrath, dass von den angekündigten AfD-Sparvorschlägen nicht viel zu sehen gewesen sei. „Wenn Sie ernst genommen werden wollen, dann machen Sie rechtzeitig konkrete Vorschläge – dann kann man sich auch damit befassen.“

Einig waren sich die Fraktionen schließlich wieder in einem Punkt: Die eigentlichen Herausforderungen stünden noch bevor. Marcel Gießwein stimmte schon einmal ein: „Dieser Haushalt sichert uns vorerst Handlungsfähigkeit und verschafft uns die nötige Zeit, ein schwieriges Paket für die nächsten Jahre zu schnüren.“

Trotz aller Düsternis: Am Ende wurde der Haushalt bei Enthaltungen der AfD und den beiden Nein-Stimmen der Linken von einer breiten Mehrheit getragen. Die Begründungen fallen jedoch nüchtern aus. Jürgen Kranz erklärte offen: Man stimme dem Haushalt zu, „nicht, weil wir ihn für überzeugend halten“, sondern weil es „derzeit keine tragfähige Alternative“ gebe. Michael Müller fasste es so zusammen: „Dieser Haushalt ist kein Grund zur Zufriedenheit – aber er ist ein notwendiger Ausdruck von Verantwortung.“

Zur Startseite

FUNKE Mediengruppe

Anzeigen

Service

Online Werben

Ratgeber & Wissen

WR

Aktuelle Nachrichten, Sport und Kultur aus Westfalen.

Impressum Barrierefreiheit Datenschutzerklärung Datenschutzcenter
Nutzungsbedingungen KI bei FUNKE Abo kündigen Meldeverfahren politische Werbung

Eine Webseite der **FUNKE** Mediengruppe

© 2026 FUNKE Mediengruppe